

Zu 546 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates (V. G. P.).

Ergänzung zum Bericht des Ausschusses für Handel und Wiederaufbau

Im Artikel II sind in Abs. (1) die Worte „in der Fassung, in der sie am 5. März 1933 in Geltung standen“, zu ersetzen durch die Worte „in der vor dem Inkrafttreten der in Artikel I angeführten Vorschriften geltenden Fassung“, so daß Abs. (1) zu lauten hat:

„(1) An Stelle der im Artikel I, Abs. (2), angeführten Bestimmungen werden die einschlägigen österreichischen Vorschriften über das Gast- und Schankgewerbe sowie über den Kleinhandel mit gebrannten geistigen Getränken in verschlossenen Gefäßen in der vor dem Inkrafttreten der in Artikel I angeführten Vorschriften geltenden Fassung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen wieder in Kraft gesetzt.“

Die Beibehaltung des im Artikel II, Abs. (1), vorgesehenen Stichtages hätte nämlich zur Folge, daß zunächst die das Gast- und Schankgewerbe allein betreffenden gewerberechtlichen Vorschriften (§§ 16 bis 20 Gewerbeordnung) in der vor der Gewerbeordnungsnovelle 1934 geltenden Fassung wieder in Kraft treten würden und gerade die durch diese Novelle eingeführte Neuregelung im Gast- und Schankgewerbe, die den Wünschen der beteiligten gewerblichen Kreise und der Verbraucher in gleicher Weise entspricht, nicht wieder Platz greifen könnte. Darüber hinaus wür-

den aber auch die allgemeinen für alle, somit auch für die Gast- und Schankgewerbe geltenden Vorschriften der Gewerbeordnung in einer anderen Fassung in Wirksamkeit gesetzt werden, als sie für die übrigen Gewerbe derzeit in Geltung stehen. Hieraus würde sich die Folgerung ergeben, daß die Gewerbeordnung in zwei Fassungen anzuwenden ist, für Gast- und Schankgewerbe in der Fassung am 5. März 1933, für alle anderen der Gewerbeordnung unterliegenden Gewerbe in der gegenwärtig geltenden Fassung. Auf diese Weise würde aber der bei allen Novellierungen der Gewerbeordnung vorherrschende Zweck der Vereinfachung in das Gegenteil verkehrt werden und auf dem Gebiet des Gewerbe-rechtes wenn möglich eine noch größere Verwirrung entstehen, als sie die Einführung der nunmehr abzuschaffenden deutschen Vorschriften gebracht hat. Sollte es sich als notwendig erweisen, einzelne Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle 1934, die sich übrigens auf rein sachlicher Grundlage bewegt hat und mit Politik nichts zu tun hatte, abzuändern, so müßten solche gesetzliche Maßnahmen zweckmäßigerweise für alle der Gewerbeordnung unterliegenden Gewerbe einheitlich getroffen werden.

Friedl,
Berichterstatte.

Dr. Margaretha,
Obmann.